



Dr. Dr. Gustav Heinemann
23. Juli 1899 – 7. Juli 1976.
Deutscher Politiker (CDU / SPD).
Studium der Rechtswissenschaften,
Volkswirtschaft und Geschichte.
Promotion 1922 zum Dr. rer. pol. in
Marburg und 1929 zum Dr. jur. in
Münster. Ab 1928 leitende Tätigkeiten
für die Rheinischen Stahlwerke in
Essen. 1945 als Bergwerksdirektor
deren Vorstand. Schon vor 1933 poli-
tisch demokratische engagiert. Während
des Dritten Reichs einer der führenden
Männer der Bekennenden Kirche.
1945 bis 1967 Mitglied des Rats der
EKD. 1946 bis 1949 CDU-Oberbürger-
meister in Essen. Zudem 1947 bis 1948
nordrhein-westfälischer Justizminister.
1949 Innenminister im ersten Kabinett
Adenauer. 1950 Rücktritt wegen dessen
Wiederbewaffnungspolitik. 1952 CDU-
Austritt und Gründung der Gesamtdeut-
schen Volkspartei (GVP). 1957 nach
deren Auflösung Eintritt in die SPD.
Als MdB entschiedener Verfechter einer
Neutralitätspolitik, Gegner Adenauers.
1966 bis 1969 Justizminister der
Großen Koalition. 1969 bis 1974
Bundespräsident.

Dr. Dr. Gustav Heinemann
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Vortrag zum Übersee-Tag

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Mitbürger! Zunächst bedanke ich mich für den überaus eindrucksvollen Empfang, dem Sie mir dort draußen und hier drinnen haben zuteil werden lassen.

Eine Geburtstagsstube pflegt im Allgemeinen anders auszusehen als diese hier. Aber mir scheint, dass diese Werfthalle ein durchaus angemessener Ort ist, um des Hamburger Übersee-Clubs zu gedenken, der mit Industrie und Technik verbunden ist.

Diesem heutigen 50-jährigen Geburtstagskind gilt mein herzlicher Glückwunsch. 50 Jahre bedeuten in dieser geschichtsträchtigen Stadt Hamburg im Grunde genommen nicht viel, denken wir nur daran, dass gleichzeitig der Hamburger Hafen 783 Jahre alt wird.

Auch ich möchte dieses geburtstägliche Gedenken dazu benutzen, um einiges zur Geschichte des Übersee-Clubs zu sagen unter politischen Akzenten – wenn Sie so wollen – und einiges an Betrachtungen für Gegenwart und Zukunft daran knüpfen.

Die Gründung des Übersee-Clubs im Jahre 1922 war eindeutig eine Antwort auf die politische Isolierung und die wirtschaftliche Not Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg. Beidem wollte man in Hamburg mit der Gründung des Übersee-Clubs begegnen.

Zwar hatte auch das kaiserliche Deutschland stolz verkündet, dass Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liege. Hier in Hamburg hatte man darunter die friedliche Handelsschifffahrt verstanden, die zu einer vorher nicht gekannten Blüte gebracht wurde. Es sei nur an den Namen Albert Ballin erinnert. Bei der politischen und militärischen Führung des Deutschen Reiches der Kaiserzeit aber hatte man allzu sehr an Schlachtschiffe, Zerstörer und Torpedoboote gedacht, die seiner Macht auf den Weltmeeren sichtbaren Ausdruck verleihen sollten.

Von solchem Denken waren Männer wie Max Warburg, eine der treibenden Kräfte bei der Gründung des Übersee-Clubs, weit entfernt. Ihnen kam es darauf an, dass durch den Krieg verlorene Vertrauen zu Deutschland wieder herzustellen und die Wirtschaft von den Fesseln der Kriegs- und Nachkriegseinengungen zu befreien. Mit dem Namen Übersee-Club sollten der Wille zur Weltoffenheit und die Bereitschaft des neuen republikanischen Deutschlands zur Einordnung in die Familie der Völker bekundet werden. Dass damit zugleich dem vermessenen Irrglauben abgeschworen wurde, am deutschen Wesen könne die Welt genesen, war klar erkennbar.

Eine solche geistige und politische Neuorientierung war im Deutschland von 1922 aber bei weitem kein Allgemeingut. Das lässt sich schon daran erkennen, dass Max Warburg – ein enger Freund und Vertrauter des am 22. Juni 1922 von blindwütigen Nationalisten ermordeten Walther Rathenau – von der Polizei den Hinweis erhielt, es sei besser, wenn er an der Gründungsversammlung am 27. Juni nicht teilnehme, weil man für seine Sicherheit nicht bürgen könne. Die Rede von Max Warburg wurde daraufhin in seiner Abwesenheit vorgelesen.

Schon damit kündigte sich die Feindschaft der späteren Nationalsozialisten gegen alles das an, wofür der Übersee-Club stand: eine freie Demokratie, ein nüchterner Sinn für weltpolitische Gegebenheiten, eine Aufgeschlossenheit für das, was um uns herum vorgeht, und Duldsamkeit gegenüber allen Menschen, vor allem aber Verzicht auf Großmäuligkeit und falsches Pathos.

Als die Nationalsozialisten 1933 die Macht in Deutschland an sich rissen, war diesem Denken der Boden entzogen. Dem Übersee-Club blieb nur übrig, entweder seine Grundsätze über Bord zu werfen oder sich aufzulösen. Er hat sich für das Letztere entschieden. Das ehrt seine damaligen Mitglieder und die Stadt Hamburg.

Diese geistige Bewährung in den Dunkelheiten des Jahres 1933 machte diejenigen glaubwürdig, die nach der Katastrophe von 1945 die Neugründung des Übersee-Clubs betrieben. Am 18. Juni 1948, dem Tage der Währungsreform, ist er als eine Plattform des freien Meinungs-austausches zwischen Wirtschaftlern, Wissenschaftlern und Politikern neu entstanden. Er ist diese Plattform bis zu diesem seinem heutigen Geburtstag geblieben.

Mit seinen Vortragsveranstaltungen und Aussprachen hat der Übersee-Club dazu beigetragen, das Hamburg von heute in gleicher Weise zu einem Umschlagsplatz von Meinungen, Argumenten und Fragen werden zu lassen wie von Gütern und Waren.

Gewohnt, auch anderen und Fremden in Übersee ebenso wie im eigenen Land mit Augenmaß und Sinn für Tatsachen zu begegnen, sieht diese Stadt nahe der Grenze, die Hamburg von seinem natürlichen Hinterland abschneidet, vor allem den Auftrag, deren trennende Wirkungen abzubauen. Dass man vor schmalen und steinigen Wegen ebenso wenig zurückscheuen darf wie vor engen Durchfahrten, ist eine uralte Erfahrung hanseatischer Kaufleute.

Die Wirtschaft, von der wir alle leben, ist der sehr nüchterne Bereich von Soll und Haben. Aber sie bedarf, um sich zu entwickeln, um Grenzen zum Nachbarn und zum weit entfernten Erzeuger und Verbraucher überwinden zu können, des Friedens, d.h. der geordneten Beziehungen von Mensch zu Mensch und von Volk zu Volk.

Der Grundsatz der «Offenen Tür», der Freiheit des Wirtschaftsverkehrs, der sich hier in dieser Stadt am ungehinderten Kommen und Gehen der Schiffe aus aller Welt bildhaft darstellt, ist die treibende Kraft unserer Wirtschafts- und Handelspolitik. Sie hat uns den Weg gebahnt, auf dem die Bundesrepublik Deutschland bis an die zweite Stelle in der Liste der Welthandelsländer vordringen konnte.

Nicht darum, weil der heutige 5. Mai zugleich Europatag ist, soll in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für diese Entwicklung unterstrichen werden. Sie wird, so hoffen wir zuversichtlich, bald eine Gemeinschaft der «Zehn» sein. Sie steht vor der Aufgabe, in allen Mitgliedsländern einen gleichen oder jedenfalls fast gleichen Rhythmus von Stabilität und Wachstum herzustellen.

In zehn Jahren soll die Wirtschafts- und Stabilitätsunion vollendet sein. Dass sie weltoffen bleibt, dass sie sich weder vor den noch außerhalb stehenden Ländern Europas noch vor dem großen Partner jenseits des Atlantiks abschließt und den Entwicklungsländern mehr noch als bisher den europäischen Markt offen hält, sind aus unserer Sicht wichtige Orientierungspunkte für die künftige Handelspolitik dieser Gemeinschaft. Sie wird zum belebenden Element für den gesamten Welthandel werden, wenn mit der Zusammenarbeit in Europa zugleich die Zusammenarbeit in der Welt verbessert wird.

Das gilt für die Staaten des Ostblocks ebenso wie für die überseeischen Länder. Mit dem Stichwort Übersee verbindet sich für uns nicht mehr die Vorstellung von «Kolonialwaren», mit denen die Hamburger und Bremer Kaufleute unsere Großeltern versorgten. Die Öffentlichkeit weiß heute mehr von den Ländern in Übersee. Sie kennt insbesondere das Gefälle von Nord nach Süd und ist sich bewusst, dass tropisches Klima, Palmen und blauer Himmel noch kein Glück ausmachen, weil sie oft genug mit Hunger und Unterernährung, mit Arbeitslosigkeit und krasser Not verbunden sind. Die große Aufgabe der Entwicklungshilfe muss, wenn schreckliche Kriege und chaotische Zustände verhindert werden sollen, in den kommenden Jahrzehnten vermehrt und erfolgreicher erfüllt werden. Jeder Tag beweist es: Die Entwicklungsländer werden sich ihrer besonderen Lage immer bewusster. Auf der gegenwärtig in Santiago stattfindenden Dritten Welthandelskonferenz treten sie als ein Block hervor, der genau weiß, was er anstrebt und durchsetzen will. Den jungen Staaten geht es im Wesentlichen um Chancengleichheit. Erst wenn diese ganz oder fast erreicht ist, können und werden sie bereit sein, auch ihrerseits Handel nach freiheitlichen Grundsätzen zu betreiben. Ich meine, die Industrieländer müssen die Zeichen der Zeit verstehen und dementsprechend handeln. Selbst wenn sie heute noch stark genug wären, um der Forderung nach Chancengleichheit ausweichen zu können, sollten sie es aus

politischen und moralischen Gründen nicht tun.

In der gegenwärtigen Weltlage erscheint die Ausweitung des Handels zugleich als das natürliche Mittel, eine politische Entspannung zwischen Ost und West zu erreichen. Stationen auf diesem Weg sind für uns die schon 1970 abgeschlossenen langfristigen Handels- und Kooperationsabkommen mit den Ländern des Comecon und die Paraphierung eines solchen Vertrages mit der Sowjetunion am 7. April des Jahres, der die seit 1964 vertraglich nicht mehr geregelten Wirtschaftsbeziehungen wieder auf eine sichere und dauerhafte Grundlage stellt.

Die erfreuliche Entwicklung des Warenaustausches zwischen uns und den osteuropäischen Ländern und die in Ansätzen erkennbaren guten Ergebnisse der Zusammenarbeit auf industriellem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet rechtfertigen die Erwartung, dass trotz der unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme hier weitere Fortschritte möglich sind.

Was ich bisher gesagt habe, hält sich im Rahmen eines Verständnisses von Gütererzeugung und Handel, wie es unseren Vätern und Großvätern und wie es auch uns vor einigen Jahren noch selbstverständlich war. Auf eine kurze Formel gebracht lautet der Weisheit letzter Schluss auf wirtschaftlichem Gebiet: Steigerung der Produktion und Ausweitung des Marktes für alles, was herstellbar ist und begehrenswert erscheint. Wenn dieser Kreislauf von Herstellung und Nachfrage in Gang gehalten und auf immer höhere Zahlen und Geschwindigkeiten getrieben werden kann, scheinen steigender Wohlstand und vermehrte Annehmlichkeiten für alle gesichert.

Aber auch wenn dies noch nicht ins Bewusstsein aller eingedrungen ist und wenn vor allem die praktischen Folgerungen nur äußerst zaghaft gezogen werden, ist es höchste Zeit, uns einzugestehen, dass wir nach der eben genannten Regel nicht weitermachen dürfen, wenn unsere Kinder und Enkel ein menschenwürdiges Leben führen sollen. Den Tatbestand, um den es geht, hat der amerikanische Präsident in einer Botschaft vom August 1970 mit folgenden Worten beschrieben: «Unsere Gesellschaft ist in Abhängigkeit von zivilisatorischen Annehmlichkeiten geraten, um deren umweltschädigende Folgen sie sich nicht kümmert ... Wirtschaftswachstum wird zu Lasten der Lebensbedingungen gefördert ... Es wird nicht erkannt, dass die Umweltfolgen bei allen politischen Planungen und Entscheidungen ebenso berücksichtigt werden müssen wie die wirtschaftlichen Faktoren.»

Ich habe damit den amerikanischen Präsidenten zu Wort kommen lassen und füge hinzu, dass unter Umweltfolge nicht nur Verschmutzungen und Vergiftungen aller Art, sondern auch der Verbrauch von nicht vermehrbaren Naturschätzen zu begreifen ist. Was der amerikanische Präsident über die Gesellschaft und die Wirtschaft seines Landes sagt, gilt für uns in gleicher Weise.

Noch auf Betreiben des kürzlich verstorbenen, um die soziale Entwicklung unseres Landes hochverdienten Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall, Otto Brenner, hat im April dieses Jahres eine aus westlichen und östlichen Ländern beschickte internationale Arbeitstagung in Oberhausen stattgefunden. Auf ihr wurde die Frage nach der Qualität des Lebens in allen ihren Bezügen gestellt und erörtert. Otto Brenner selbst hat noch die Aufgabe von Oberhausen so umrissen: «Es geht um die Erkenntnis, dass der private, materielle Lebensstandard allein noch keinen Maßstab für den Wohlstand eines Landes abgibt. Entscheidend kommt es darauf an, wie dieser Lebensstandard erarbeitet wird und welches die Umweltbedingungen sind, unter denen die Menschen leben und arbeiten müssen ...» Es ist hier nicht Zeit und Ort, das in Oberhausen Erarbeitete im Einzelnen darzulegen. Jedoch auf einer Veranstaltung wie dieser, die unsere Verantwortung für die Welt im Ganzen in den Blickwinkel rücken will, muss die vielleicht gefährlichste Bedrohung der Menschheit, nämlich die Verwüstung und der Verbrauch der Grundlagen zukünftigen Lebens, wenigstens genannt werden. Wer etwa meint, wir sollten diese Probleme erst einmal den Wissenschaftlern und den Zukunftsforschern überlassen, würde sich dem Verdacht aussetzen, dass er aus kurzfristigem Eigennutz eine Entschuldigung für eigenes Nichtstun suche.

Bei meiner Eröffnungsansprache in Oberhausen habe ich einen Satz

gesagt, den ich hier wiederholen möchte: «Es ist an der Zeit, deutlich zu machen und auszusprechen, dass sich niemand, ich wiederhole: niemand der durchgreifenden Überprüfung unserer Lebensgrundlagen und unserer Wertvorstellungen mehr entziehen kann. Alle Politiker, in welchem Land und auf welcher Ebene auch immer sie tätig sein mögen, die Wissenschaftler, die Pädagogen, die Unternehmer, die Landwirte und mit ihnen allen zusammen die unsere materiellen Werte in vielfältiger Weise erzeugenden Arbeiter, sie sind alle gefordert!»

Hamburg hat sich immer als ein offenes Tor zur Welt verstanden. Heute blicken wir von hier in eine Welt von Völkern, denen die fortschreitende Technik keine andere Wahl lässt, als aufeinander zuzugehen. Die Zahl und das Gewicht der Probleme, die wir nur gemeinsam lösen können, nehmen ständig zu.

Wenn es mehr als eine ruhmreiche Überlieferung für Hamburg sein soll, dass man hier über die eigenen Mauern und Dämme hinausblickt, müssen gerade hier Beispiele gesetzt werden. Von uns wird verlangt, dass wir im Denken und Handeln eine große Kehre vollziehen, weil die Sicherung des Menschen und seiner Zukunft von nun an erste und höchste Richtschnur für unser politisches und wirtschaftliches Handeln sein müssen. Dass diese Aufgabe noch rechtzeitig verstanden und angepackt wird, darauf gründen sich die Überlebenschancen der kommenden Generationen hier in Hamburg, in Deutschland und in der Welt.

Unser Geburtstagskind, der Hamburger Übersee-Club, kann und sollte dazu einen Beitrag leisten. Ich grüße dieses Geburtstagskind mit dem mir aus dem Kohlenpott geläufigen Wort: Glück auf! ■